

## Thema: „Jugendarbeitslosigkeit“

Wir erleben in der Arbeitswelt eine Entwicklung, dass immer mehr geregelte und gut bezahlte Arbeitsverhältnisse zugunsten schlecht bezahlter Jobs und Werkverträgen mit geringer sozialer Absicherung verschwinden.

Die Arbeitslosigkeit ist infolge der Corona-Krise massiv angestiegen. Besonders bedenklich ist die Lage bei den Jugendlichen. Sie trifft die Krise besonders stark. Oft sind es die Jugendlichen, die als erstes gekündigt werden, da u.a. die Betriebe noch relativ wenig Geld in ihre Weiterbildung investiert haben.

Anzumerken ist auch, dass junge Menschen, die infolge einer Wirtschaftskrise nicht in einem stabilen Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis sind, entsprechend weniger Geld für den Konsum zur Verfügung haben. Gleichzeitig führen sie auch weniger Steuern an den Staat und weniger Beiträge an die Sozialversicherungen ab und verursachen höhere Kosten für die Arbeitslosenunterstützung.

Leider gibt es für dieses Problem keine einfachen Lösungen. Erforderlich ist ein Zusammenwirken mehrerer Maßnahmen.

An erster Stelle stehen Investitionen in die Bildung. Die Chancen am Arbeitsmarkt werden maßgeblich durch den Bildungsgrad mitbestimmt. Deshalb ist Bildung die beste Prävention. Dabei muss gewährleistet werden, dass alle jungen Menschen die gleichen Chancen bekommen.

Öffentliche Beschäftigungsprogramme dürfen nicht allein den Fokus auf die Verteidigung bestehender Arbeitsplätze haben, sondern auch auf die Schaffung von neuen Betrieben in Zukunftstechnologien abzielen.

Auch das Thema Aufteilung der bestehenden Arbeit auf mehrere Menschen durch eine Reduktion der Arbeitszeit darf nicht als Tabu gelten. Daher muss auch hier Druck auf die Bundespolitik geltend gemacht werden, dass sich Österreich dem Beschluss Frankreichs anschließt und zumindest die 35-Stundenwoche (bei vollem Lohn) einführt.

Auch der öffentliche Bereich muss seine Vorbildfunktion wahrnehmen. Leider nehmen nicht alle Länder und Gemeinden diese Verantwortung ernst. Gerade in der aktuellen Krise müssen der Bund, die Länder und die Gemeinden in die Pflicht genommen werden und Lehrlinge über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden.

Renate Strauss für die Liste Schuh

PS: Sie sind es sicherlich gewohnt, dass wir in unseren Artikeln in dieser Rubrik immer auf Fischamend Bezug nehmen. Dieses Thema ließ das aber nicht zu. Wenn wir über Jugendarbeitslosigkeit reden, so betrifft dies nicht nur lokale kommunale Bereiche, sondern muss bundespolitisch betrachtet werden.